№. 20. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Corpus-Zeile 6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler. Görlitz, Donnerstag den 14. Februar 1850. Verlag von G. Heinze & Comp.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 9. Febr. Die Verhandlungen über den neuen Vierkönigsentwurf zu einem verfassungsmäßigen Reichsgesetz für Deutschland werden, wie wir vernehmen, mit dem regsten Eifer fortgesetzt. Das österreichische Cabinet hat wiederholt den entschiedensten Wunsch geäußert, daß diese Verhandlungen in kürzester Frist zum Abschlusse geführt werden möchten, und man versichert, es sei aller Grund vorhanden, daß diese Angelegenheit ganz in der nächsten Zeit so weit gediehen sein werde, daß das österreichische Cabinet und die mit ihm dem constitutiven Reichsgesetzentwurfe beitretenden Regierungen öffentliche und entscheidende Schritte zur Verwirklichung des Entwurfs thun würden. Sobald die Angelegenheit in dieses Stadium tritt, wird sich der österreichische Staatsminister v. Schmerling nach Frankfurt begeben, um hier bei den weiteren Schritten zur Regelung der deutschen Verfassungsfrage mitzuwirken. Hr. v. Schmerling wird übrigens, wie verlautet, in diesem Falle nicht das von ihm im österreichischen Cabinet bekleidete Portefeuille niederlegen; während seiner Abwesenheit von Wien würde er im Justizdepartement einen einstweiligen Nachfolger erhalten. — Sämmtliche Eisenbahnhöfe um Frankfurt sind seit einigen Tagen mit verstärkten Mannschaften besetzt. In den militärischen Maßnahmen zur Sicherung der Ordnung ist keinerlei Minderung eingetreten, wie neuerdings hier und da behauptet wird.

Preußen. Berlin, 9. Febr. Im Kriegsministerio herrscht bereits große Thätigkeit, um die Einverleibung der Mannschaften derjenigen deutschen Staaten, welche mit Preußen eine Militärconvention eingegangen sind, in die Preuß. Armee zu bewirken. Wie man hört, dürfte jene Einverleibung mit dem Beginne des Frühjahrs durch Verlegung verschiedener Truppentheile vollzogen werden. — Es soll die Thätigkeit im Kriegsministerium auch den Rüstungen gegen die Schweiz gelten. Es taucht das Gerücht in sehr beachtenswerther Weise von Neuem auf, daß die Wiedereroberung Neuenburg's bei diesem Anlaß mit beabsichtigt sein dürfte. Auch will man zuverlässig wissen, daß die Erklärung Ludwig Napoleon's, in Betreff der Schweiz, mit den nordischen Mächten durchaus Hand in Hand gehen zu wollen, bereits angelangt sei. (A. Z.-C.)

Berlin, 10. Febr. Die für das Volkshaus durch die Volkswahlen bestellten Preußischen Mitglieder — zusammen 163 — sind so eben in einer amtlichen Liste zur öffentlichen Kenntniß gekommen. Man entnimmt daraus, daß die Kammern einen verhältnißmäßig nur geringfügigen Beitrag gestellt haben. Aus der ersten Kammer sind 17, aus der zweiten Kammer 26 Mitglieder gewählt worden, also im Ganzen 43. Davon gehören — insoweit die jetzt sehr schwankende Theilung in eine linke und rechte Seite durchführbar erscheint — in der ersten Kammer 7 zur Linken und 10 zur Rechten, in der zweiten Kammer 16 zur Linken und 10 zur Rechten, mithin aus beiden Kammern 23 zur Linken und 20 zur Rechten, so daß die linke Seite ein Uebergewicht von 3 Stimmen hat. — Die Kammern werden, einem guten Vernehmen nach, am 23. Februar geschlossen werden, ob jedoch durch den König in Person, scheint noch unbestimmt zu sein. (D. A. Z.)

Berlin, 10. Febr. Der Steuerverweigerer-Proceß, sagen die Lithographirten Nachr., zieht in immer höherem Maße das Interesse des Publicums auf sich. Die günstigste Wendung im Interesse der Angeklagten hat der Proceß übrigens durch das Verhalten der Staatsanwaltschaft erhalten. Das Zurückhalten dieser Behörde mit Beweisstücken hat in dieser Beziehung entscheidend gewirkt und der Vertheidigung eine sehr günstige Stellung verschafft. Die Erklärung des Verwesers der Anklage, daß diese sich auf dem absolutistischen Standpunkte bewege, dürfte das Schicksal der Anklage vollends entschieden haben.

Bayern. München, 8. Febr. In der heutigen Abgeordnetensitzung beantwortete Justizminister v. Kleinschrod eine Anfrage bezüglich der Todesstrafe dahin, daß die Regierung nicht gesonnen sei, dieselbe aufzuheben, wol aber bei der bevorstehenden Durchsicht der neuen Strafgesetze die Fälle, in welchen auf sie erkannt werden dürfe, neu zu regeln und resp. zu beschränken. In neuester Zeit sei ihr Vollzug nur darum unterblieben, weil nach dem früheren Gesetze die Todesstrafe im Fall eines Indicienbeweises*) — damit aber ist die ganze Beweistheorie gefallen — nicht erkannt werden durfte. (Lpz. Z.)

*) Beweis, der sich auf eine Reihenfolge einzelner Anzeichen und rechtlicher Vermuthungen stützt.

Sachsen. Dresden, 9. Febr. In der heutigen Sitzung der II. Kammer beantwortete Staatsmin. v. Beust eine die deutsche Frage betreffende Interpellation des Abg. Dr. Braun. Die Antwort war sehr ausweichend: Die Verhandlungen der Königreiche seien noch im Gange und der Minister sei nicht in der Lage, über das Resultat derselben die zugesagte Mittheilung zu machen; nur eine Voraussetzung wolle er berichtigen. Den Abschluß eines Bündnisses, gleich dem Bündnisse vom 26. Mai, haben jene Verhandlungen gar nicht zum Gegenstande. Die Kammer fuhr hierauf in der Berathung über den Gesetzentwurf, die Ergänzung und Abänderung der Gewerbe- und Personalsteuer betreffend, und nahm denselben mit den beschlossenen Veränderungen mit geringem Widerspruch an. (Dresd. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 7. Febr. In den letzten Tagen waren die sämmtlichen (neun) Untersuchungsrichter, welchen die Untersuchung wegen der politischen Vergehen übertragen ist, in dem Justizministerium versammelt, um über die bisherigen Ergebnisse dieser Untersuchung Behufs der zu ertheilenden Amnestie (Straferlaß, Bannfriede) Vortrag zu erstatten, an welcher Verhandlung auch Mitglieder des Gerichtshofes in Eßlingen Antheil nahmen. Wie wir hören, soll die Zahl der in die verschiedenen politischen Untersuchungen Verwickelten 9—10,000 betragen; in Beziehung auf die überwiegende Mehrzahl derselben, nur mit Ausnahme der schwerer Betheiligten und der in öffentlichen Diensten Befindlichen, soll die Untersuchung niedergeschlagen werden. Nach einer uns aus Tübingen zugekommenen Nachricht war kürzlich der Chef des Justizdepartements auch dort anwesend, um einer längeren Sitzung des Gerichtshofes daselbst in derselben Angelegenheit beizuwohnen. Wir werden somit in Kurzem einem umfassenden Gnadenact entgegensehen dürfen. (Schw. Cour.)

Hohenasperg, 5. Febr. Die Ulmer Schnellpost schrieb neulich, daß Rösler von Oels nach dem Spruche des Stuttgar-

ter Obertribunals an Preußen ausgeliefert werden solle. Jetzt hat sich die Sache aber dahin verändert, daß das Obertribunal die Auslieferung wegen Rösler's Theilnahme am Stuttgarter Parlament nicht vollzogen wissen will, was nun den preußischen Gerichten bekannt gemacht werden soll. (Lpz. A. Z.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 7. Febr. In den zwei, kurz vor der Vertagung gehaltenen geheimen Sitzungen der Landesversammlung wurde der Bünger'sche Antrag, betreffend das Einrücken der schleswig-holsteinischen Armee in Schleswig, berathen; ein Ausschuß hatte darüber Bericht zu erstatten. Man erfährt so viel, daß ein Beschluß gefaßt worden ist, welcher eine Aenderung in der jetzigen Stellung der Truppen zur Folge habe. Der Antrag des Abg. Hirschfeld, von der Rechten, sobald es die Verhältnisse in Schleswig gestatten, die Wahlen zu einer verfassungsmäßigen gesetzgebenden Versammlung vorzunehmen und dieselbe statt der jetzigen verfassunggebenden Versammlung einzuberufen, ist bekanntlich einstimmig angenommen worden; man vermuthet hier, daß dieser Antrag von der Regierung ausgegangen, und deshalb herrscht die Meinung, daß dieselbe die Aussicht haben müsse, im Herzogthum Schleswig so weit freie Hand zu bekommen, daß die Wahlen daselbst vorgenommen werden können. (D. Ref.)

Oesterreichische Länder.

Aus Wien wird der Deutschen Allg. Ztg. (in Leipzig) vom 8. Febr. geschrieben: Ueber die Vorgänge in Berlin gibt's hier nur einen Eindruck bei allen Parteien. Es ist die Verblüfftheit eines ländlichen Publicums, das zum ersten Male eine Vorstellung in natürlicher Zauberei sieht. Man ist im Zustande eines Träumenden, der sich über gar nichts verwundert. Wenn das Schauspiel und der Traum nicht doch ein Ende haben müßte! Kleindeutschland unmöglich, Großdeutschland unmöglich, ein Mathematiker würde aus dem Ansatze schließen: also auch Deutschland unmöglich. In Oesterreich läßt man sich Das nicht mehr nahegehen; man sieht ruhig zu, wenn Herr Helfert sich mit Herrn Palacky publicistisch bort über den Teig, den sie gemeinschaftlich angemacht und den Jeder nun anders ausketen will. Was Jeder von ihnen eigentlich will, sagt Keiner mit Worten, dennoch weiß man es. Man kennt Herrn Palacky als nationalen Schwärmer, und Herrn Helfert's logische Gewaltthätigkeit ist bereits auf dem Reichstage ausgestellt gewesen. Herr Palacky verdiente aber immer eine würdigere und ernstere Zurechtweisung, als die ihm der auf der Ministerkutsche hintenaufstehende Herr Helfert mit dem ganzen Spanischrohrstolz einer solchen Stellung ertheilt. (Lpz. Allg. Z.)

Prag, 26. Jan. Seit mehr als acht Tagen sind unsere Zustände die unerfreulichsten: Thauwetter auf den Straßen und die ärgste Zerrissenheit in der Politik. Da haben wir einen Stadtrath, hervorgegangen im vorigen Jahr aus den Wahllisten der Slowanska Lipa.*) Aller Haß, welchen dieser durch Vereinsgesetz und Belagerungszustand zu Grabe gebrachte Verein gegen sich zu erwecken verstanden hat, wird auf dieses sein hinterbliebenes Kind übertragen. Es ist wahr, bei den Wahllisten wurde mehr auf czechische Gesinnung und demokratischen Namen als auf Intelligenz und Befähigung gesehen; es ist wahr, wenn es sich um einen wichtigen Gegenstand handelte, konnte man sicher darauf rechnen, daß sich unser Stadtrath in nicht berathungsfähiger Anzahl zusammenfinden werde; es ist wahr, daß unser Stadtrath Manches verkehrt anfing und manches Beschlossene nicht zur Ausführung brachte, aber endlich raffte er sich doch zu einer kühnen That auf und beschloß eine Petition an den Kaiser um baldige Einberufung der Landtage und um Aufhebung des Belagerungszustandes. Das brachte erst vollends Feuer in's Dach. Die Petition war im Namen der Stadt abgefaßt, 102 Bürger protestirten schriftlich und gedruckt gegen eine solche „Usurpation", die Petition erging sich in einer mit früheren Aeußerungen nicht in vollem Einklange stehenden Loyalität, man nannte sie Heuchelei. So spaltete sich die Stadt wieder in zwei große politische Heerlager, und an der ungeschickten Form scheiterte eine Adresse, die — wenn sie auch weiter keinen Erfolg gehabt — den Herren am Staatsruder wenigstens gezeigt hätte, daß sich nicht Alles glücklich fühlt unter dem „alleinseligmachenden" Belagerungszustande. So aber wird der Protest gegen die Form als ein Protest gegen den Inhalt der Adresse angesehen, und wir haben die unerquickliche Aussicht, noch einen großen Theil dieses Jahres unter dem Martialgesetze zu verleben. Freue sich dieser Zustände, wer sich freuen kann. Wir sehen kein Heil darin. Und wir sehen kein Heil in so Vielem was geschieht. Da haben Sie z. B. die neuen Landesverfassungen, können Sie sich eine Kammer denken ohne Redefreiheit der Abgeordneten? Unsere Landesverfassungen liefern solche Kammern. Wie diese aussehen werden? Nun, höchst wahrscheinlich super- (überaus-) ministeriell. Echt Liberale werden sich scheuen, als Candidaten dafür aufzutreten, und so wird Alles triefen von guter Gesinnung und Ergebung in die Schritte der Regierung. Nur vielleicht in Einem Punkte nicht, da wo die Regierung an den Geldsäckel der Einzelnen greift. So weckte die neueste Verordnung über die Einkommensteuer auf's höchste die Unzufriedenheit der Geldherren, und nicht mit Unrecht. Der Fabrikant, der Kaufmann soll der Regierung seine Bücher vorlegen, damit diese genau seine Ausgaben und Einnahmen, damit sie den Gewinn, den ihm sein Geschäft abwirft, ersehe? Wer Geschäftsmann ist, begreift, wie hart man diese Forderung findet, und die Fabrikanten werden deshalb morgen eine Versammlung halten, um einen Protest gegen diesen drückenden Modus abzufassen. (L. A. Z.)

*) Dieser politisch wichtige Hauptverein der Czechen führt den Namen „Slawische Linde."

Nach einer in Kronstadt (Siebenbürgen) eingegangenen Nachricht, sollen die magyarischen Flüchtlinge von Schumla nach Kleinasien (Anadoli) geschafft worden sein.

Frankreich.

Paris, 31. Jan. Das Schicksal des für die Zukunft Frankreich's so wichtigen Unterrichtsgesetzes gestaltet sich ungewisser, als je. Die strengkatholische Partei hat ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Es scheint, daß dieselbe jetzt zu einem Entschluß gekommen ist. Der Abbé de Cazalés, Mitglied der Nationalversammlung, hat zu dem Gesetz einen Antrag gestellt, wonach die Bischöfe nicht in den obersten Unterrichtsrath und in die Departemental- oder akademischen Räthe eintreten sollen. Damit wäre die Vereinbarung zwischen Universität und Kirche, der Grundgedanke des Falloux'schen Gesetzentwurfes, gänzlich verworfen. Der Ausschuß für das Unterrichtsgesetz hat sich für den wichtigen Verbesserungs-Vorschlag ausgesprochen, daß Jeder, der aus Mildthätigkeit arme Kinder lesen und schreiben lehren will, auch ohne jedes Befähigungs-Zeugniß Schulen eröffnen kann. — Der Unterrichtsminister hat angeordnet, daß in Zukunft alle Zöglinge der franz. Schule zu Athen jährlich einen Aufsatz über einen philosophischen, historischen oder archäologischen Gegenstand als Beweis für den Erfolg ihrer Studien einschicken sollen.

Victor Hugo's neuliche Rede über das Unterrichtsgesetz, wörtlich aus dem „Moniteur" abgedruckt, ist in Lyon mit Beschlag belegt worden. Dasselbe Schicksal ist einer Broschüre des Feldwebels Boichot widerfahren, welche den Titel führt: „An die Wähler der Armee", und mit den Worten anfängt: „Kameraden, die Republik ist in Gefahr!" —

Paris, 6. Febr. Obgleich der achttägige Feldzug gegen die Freiheitsbäume vor der Hand keine weiteren Folgen gehabt hat, so wird doch vielfach, selbst von gemäßigter Seite her, das unvorsichtige und herausfordernde Benehmen der Polizei getadelt und die von Ferdinand de Lasteyrie, dem Enkel Lafayette's, vorgestern in der Nationalversammlung ausgesprochene Ansicht dürfte auch wohl die der Mehrheit seiner Collegen sein. Die Regierungszeitungen stellen die bei dieser Gelegenheit entstandene Aufregung noch immer als das künstliche Werk der gewöhnlichen Anstifter des Aufruhrs und vorzüglich der Aufreizungen und Verdächtigungen der radicalen Presse dar. Alle conservativen Zeitungen ermahnen einstimmig, die in letzter Zeit fast ganz auseinandergehende Mehrheit der Nationalversammlung zum festen Zusammenhalten gegen den, sämmtliche Parteien gemeinschaftlich bedrohenden Feind, den Socialismus. (Lpz. Z.)

Die Regierung hegt ernstliche Besorgnisse von Ruhestörungen in den Departements aus Veranlassung der Jahresfeier der Februarrevolution. — Als besonders drohend wird der Zustand von Lyon geschildert. — Die demokratische Partei hält an dem Gedanken fest, die Jahresfeier der Revolution zu einer großen Partei-Kundgebung zu benutzen; es sind bereits Unterzeichnungslisten zu den beabsichtigten Banketten in Umlauf gesetzt und erhalten zahlreiche Unterschriften, nicht nur in den Werkstätten der Hauptstadt, sondern auch in den Departements. Dazu kommt die unvermeidliche, nahe bevorstehende Wahlbewegung. In dem Departement Charente (im Süden der Loire) scheint übrigens der bonapartistische Candidat Edgar Ney den Sieg über den demokratischen Candidaten davon zu tragen.

Die Nationalversammlung ist endlich zur Verhandlung über die zahlreichen, von verschiedenen Seiten eingebrachten Verbesserungsvorschläge zum Unterrichtsgesetze vorgeschritten. Richardet (von der äußersten Linken) fiel gleichwol von Neuem in die allgemeine Discussion (in die Behandlung des Gegenstandes aus dem allgemeinen Gesichtspunkte) zurück und griff das Gesetz als ein finsteres, zur Knechtung des Volkes bestimm-

tes Werk der Kirche und der monarchischen Reaction an. „Ihr wollt“, rief er unter Anderem, „aus der franz. Jugend kleine Capuziner machen! Allein die Zeiten sind nicht mehr, wo ein Mönch einen Kreuzzug predigte, ein anderer zu Pferde stieg und 100,000 Fanatiker (verblendete Eiferer) dummen Mönchen nachfolgten, um, nachdem sie Europa und Kleinasien mühevoll durchzogen hatten, auf den Straßen von Jerusalem durch Strapazen und Elend umzukommen. Alles hat seine Zeit und die der Kirche ist vorbei, da sie nicht mehr in den Vorurtheilen des Volkes den Grund ihrer Berechtigung hat.“ (Anspielung auf die Kreuzzüge des Mittelalters.) Im weiteren Verlaufe seiner Streitrede gegen die vereinigte kirchliche und monarchische Partei nahm der Redner die Revolution von 1789 und ihre Helden, die Montalembert großartige Verbrecher genannt hatte, in Schutz, und schleuderte dabei so heftige und giftige Vorwürfe gegen die Royalisten, besonders weil sie nach ihm den Einbruch der Fremden in Frankreich (1814) herbeigerufen haben, daß er oft auf's Heftigste von der Rechten unterbrochen wurde, bis endlich der Vorsitzende ihn zur Sache rief unter der von der Mehrheit lebhaft beklatschten Bemerkung: „Er werde nie gestatten, daß auf der Tribüne eine Schutz- und Lobrede auf die verabscheuenswerthe Zeit der Proscriptionen und Confiscationen (Todesurtheile und Vermögensentziehungen) gehalten werde.“ Richardet beschränkte sich nun auf die Verlesung seines Verbesserungsvorschlages, den er spöttisch der Annahme der alten Vertheidiger der Unterrichtsfreiheit (Montalembert und die ganze kathol. Partei) empfiehlt. Montalembert verschanzte sich hinter die Verfassung, welche dem Staate die Aufsicht über den Unterricht vorbehalte, und der Verbesserungsvorschlag ward hierauf ohne Weiteres verworfen. (Lpz. Z.)

Paris, 7. Februar. Welches auch die geheime Ursache der Unruhen der letzten Tage gewesen sein mag, so viel steht fest, daß alle Parteien zufrieden über die Vermeidung eines ernstlichen Aufstandes scheinen. Auf der einen Seite wird die kräftige Aufrechterhaltung der Autorität, der zunehmende, gesetzliche Sinn des Volkes und seine Abneigung gegen die Anstifter des Aufruhrs, auf der anderen Seite die weise Mäßigung der republikanischen Partei gerühmt, die den Feinden der Verfassung jeden Vorwand zu Gewaltmaßregeln, zur Erklärung des Belagerungszustandes bei den nächsten Wahlen, zu Staatsstreichen 2c. genommen habe. — Das „Journal des Débats“ sieht am düstersten. Es glaubt in den letzten Tagen den Beweis zu erkennen, daß unter dem gesetzlichen Boden, der aus dem ganzen wahlberechtigten Volke, der Nationalversammlung und dem Präsidenten bestehe, noch immer eine Schicht der Gesellschaft liege, die sich gegen den von der neuen Verfassung ihr angelegten Zaum sträube und unablässig auf den Umsturz der bestehenden Gesetze lauere. „Keine Täuschungen und keine Zerstreuungen!“ ruft das Blatt aus. „Bilden wir uns nicht ein, daß wir etwas Anderes zu thun haben, als das Gesetz gegen die Straße zu vertheidigen. Noch lange wird Regieren nichts weiter heißen, als Wachehalten und Postenstehen!“ — Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf fast 400. Man hört auch von einzelnen Haussuchungen, die jedoch bis jetzt kein Resultat herbeigeführt zu haben scheinen. — Die „Patrie“ gibt die Zahl der verwundeten Polizeisergeanten auf 35 an, was übertrieben sein dürfte. — Eine gerichtliche Untersuchung über die dem General Lamoricière gewordene Behandlung ist eingeleitet.

In der Nationalversammlung wurde die zweite Berathung über das Unterrichtsgesetz fortgesetzt. Der Abbé Cazalès vertheidigte seinen Antrag auf Entfernung der Bischöfe aus dem obersten Unterrichtsrathe. Er findet, daß der Freiheit in dem neuen Gesetze nicht so viel gewährt werde, als die Verfassung in Aussicht stellt. In Bezug auf die Kirche als contrahirende Partei macht er auf die Gefahren aufmerksam, die für dieselbe aus ihrer Solidarität (aus dem Rechtsverhältniß der gegenseitigen Verpflichtung) mit dem Staate entstehen würden, indem die öffentliche Meinung alles Gehässige, was sie in den Handlungen des obersten Unterrichtsrathes finden dürfte, auf die Kirche übertragen werde; überhaupt will er das gänzliche Fernbleiben der Kirche von der Politik; dieselbe dürfte keiner Partei angehören, die Freunde der Ordnung aber, die er unterstütze und immer unterstützt habe, wären doch auch nur einer Partei. (Großes Aufsehen auf den Bänken der Mehrheit.) Den Socialismus, meint der Redner, bekämpfe die Kirche nicht in seinen Theorien, sondern nur in den bösen Leidenschaften, die mit ihm in Verbindung stehen können. Die Gesellschaft sei überhaupt nur zeitlich und politisch und die Kirche habe den Menschen auf eine höhere Welt vorzubereiten. Die Kirche habe stets nur verloren bei ihrer Verbindung mit dem Staate und er werde das Unterrichtsgesetz nur dann annehmen, wenn die Bischöfe aus dem obersten Unterrichtsrathe entfernt würden. Dieser Vortrag, obschon der Abbé Cazalès der streng-katholischen Partei und der Mehrheit angehört, wurde von der Linken mit großen Beifallsbezeugungen begleitet. Nach einigen Entgegnungen von Batimesnil, der die Gesellschaft wegen der Erziehung der Jugend als in wesentlicher Beziehung mit dem geistigen Heile der Menschheit stehend, betrachtet haben will, und von dem Unterrichtsminister Parrieu, wurde zur namentlichen Abstimmung über den äußerst wichtigen Punkt der Theilnahme der Geistlichkeit an der obersten Beaufsichtigung des Unterrichtswesens geschritten, und es ergaben sich dafür 396 Stimmen, dagegen 230.

Paris, 8. Febr. Wie man vorausgesagt, erregte die in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung eingehende Mittheilung des Justizministers bezüglich der Verurtheilungen zu Versailles, welche den Verlust des Mandats als Repräsentanten nachsichziehen, eine sehr stürmische Scene. Nachdem der Präsident den Beschluß der Commission mitgetheilt, welche einmüthig beantragt, daß die betreffenden Repräsentanten ihres Mandats verlustig erklärt werden sollen, begehrt Herr Michel (von Bourges) das Wort und protestirt gegen das Urtheil des Gerichtshofes von Versailles. Ungeheures Geschrei der Rechten, welche aufsteht und verlangt, daß der Redner zur Ordnung gerufen werde, während die Linke ihm unter Vivats für die Republik Beifall klatscht. Der Präsident ruft Herrn Michel zur Ordnung, mit dem Beifügen, die Justiz werde im Namen des französischen Volkes geübt und ihre Urtheile müßten vor Allem respectirt werden, insbesondere aber von den Mitgliedern der Nationalversammlung. Herr Michel beharrt und behauptet, das Urtheil sei ein ungerechtes. Gewaltiger Tumult auf der Rechten, der mehrere Minuten lang andauert, während Michel lebhafte Worte mit dem Präsidenten wechselt. Kaum ist die Ruhe etwas hergestellt, so ruft Michel: „Die Verurtheilten von Versailles sind nicht vertheidigt worden! ich protestire gegen das wider sie gefällte Urtheil!“ Der Präsident schlägt der Versammlung vor, Michel mit dem Tadel zu belegen. Die ganze Rechte erhebt sich unter Zustimmungsruf, während die Linke bei der Gegenprobe sich erhebt und „Es lebe die Republik!“ ruft. Der Präsident droht, sich zu bedecken und die Sitzung aufzuheben, wenn Michel nicht sogleich die Tribüne verlasse. Dieser entfernt sich, indem er der Rechten eine neue Protestation zuruft. Auf seinem Platze drängen sich seine Freunde unter Händedrücken um ihn, während die Rechte ihre Entrüstung äußert. Der Präsident läßt über den Antrag der Commission in Betreff der Ausstoßung der verurtheilten Repräsentanten abstimmen, der mit großer Mehrheit angenommen wird, während die Linke der Republik ein Vivat ruft. Der Präsident erklärt die fraglichen Repräsentanten ihrer Eigenschaft als solche für verlustig und zeigt an, daß der Minister des Innern behufs der Ersatzwahlen die Wahlcollegien zusammenrufen werde. — Hierauf erhielt Piscatory das Wort, um den Minister des Auswärtigen wegen der griechischen Vorgänge zu befragen. Er erhielt die Antwort, daß England die französische Vermittelung angenommen, worauf die Kammer mit großer Mehrheit zur Tagesordnung überging. (Lpz. A. Z.)

Schweiz.

Basel, 8. Febr. Am 6. Febr. hat zwischen dem engl. Gesandten Sir Edw. Lyons und dem Präsidenten der Eidgenossenschaft eine Conferenz stattgefunden, welche die so oft besprochene Note der vereinigten Großmächte an die Schweiz zum Gegenstande der Besprechung hatte, und in deren Rücksicht Sir Edward erklärte, daß England diese Angelegenheit von einem anderen, der Schweiz günstigeren Gesichtspunkte als jene Mächte betrachten werde. Die Wahrheit dieser Nachricht bestätigt die stets wohlunterrichtete „La Suisse“. Dagegen ist das Gerücht, daß der Bundesrath an demselben Tage eine Note bereits empfangen habe, welche die Aufhebung des Zufluchtrechts verlange, und diese Behörde in der kürzesten Frist die Bundesversammlung zusammenberufen werde, völlig grundlos. (Lpz. Z.)

Nach dem „Constitutionnel“ wäre die Schweizerfrage in der Hauptsache schon entschieden. Er äußert heute: „Die schweizerische Regierung hat, wie wir voraussahen, die Gerechtigkeit der von den Mächten in Bezug auf die Flüchtlinge an sie gerichteten Begehren anerkannt. Sie wird Diejenigen, deren Verhalten, von der Art ist, daß es bezüglich der Ruhe in den Nachbarstaaten Besorgnisse erweckt, aus ihrem Gebiet entfernen. Mazzini soll auf Befehl der Bundesregierung die Schweiz verlassen. Alle Maßregeln sind für seine Reise durch Frankreich nach England getroffen.“ Nach demselben Blatte hat die franz. Regierung so eben einen Agenten nach Strasburg abgeschickt, der den speciellen Auftrag hat, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche die dortige Anwesenheit so vieler Flüchtlinge aus Baden nothwendig macht.

Italien.

Florenz, 19. Jan. Würde mir die Frage vorgelegt, ob wir hier in einem constitutionellen oder absolut monarchischen Lande leben, so würde ich so wenig wie irgend ein Anderer im Stande sein, eine bestimmte Antwort zu geben. Seit der Veröffentlichung der Wählerlisten zur Deputirtenkammer ist kein Schritt mehr auf constitutionellem Wege geschehen. Seit der Gemeindeordnung und dem Pensionsgesetze hat die Regierung noch viele andere minder wichtige eigenmächtig erlassen. In diesen Tagen finden die Wahlen der Municipalbehörden in allen Städten statt; die Theilnahme daran ist (trotz der zahllosen Journalartikel und der eindringlichsten Mahnungen der liberalen Presse, diese Wahlen als eine Handhabe zur Wiedererringung der politischen Freiheiten zu betrachten) ziemlich unbedeutend; freilich nicht minder die Zahl der Wahlberechtigten, die z. B. in Livorno, einer Stadt von 80,000 Einwohnern, nur 940 beträgt. — Die Anleihe von 30 Mill. ist größtentheils zu 87 abgeschlossen, steht aber jetzt bereits auf 91 und ist gesucht. Obwol nun aber sämmtliche Einzahlungen am 24. Jan. geschehen sein müssen, scheint die Regierung doch noch mehr Geld zu bedürfen; denn die im vorigen Jahre von der diesjährigen Grundsteuer anticipirten 5 Proc. (vom Einkommen) werden nicht vergütet, wie eine dieser Tage erschienene Verordnung besagt. Solche Willkürlichkeiten erregen natürlich um so größeren Unwillen, als die Erfüllung der constitutionellen Verpflichtungen von Tage zu Tage aufgeschoben wird. Daß die Regierung sich übrigens scheut, die Kammern einzuberufen, ist, wie ich schon einmal auseinandersetzte, leicht erklärlich. Zwischen einer liberalen Volksvertretung mit nationalen Sympathien und einer halb freundlichen halb feindlichen fremden militärischen Landesbesetzung in der Mitte zu stehen, ist keine sehr beneidenswerthe Lage. Dazu kommt der §. 15. der Constitution, welcher besagt, daß die Regierung nie eigenmächtig fremde Truppen in's Land rufen darf. Eine desfallsige politische Anfrage wäre eine harte Nuß, und vielleicht fühlen die Minister ihre Zähne nicht stark genug, sie aufzuknacken. Indessen raunt man sich hier in die Ohren, der Großherzog stehe mit dem österreichischen Generalcommando à couteau tiré (auf grob-deutsch: auf Mord und Todschlag). Er soll darauf bestehen, daß bei der abzuschließenden Convention mit Oesterreich die Zeit des Verweilens der österreichischen Truppen gänzlich von ihm abhänge, eine Bedingung, von der Radetzky natürlich nichts hören will. Jedenfalls scheinen die schon mehre Monate dauernden Verhandlungen noch zu keinem Resultate geführt zu haben. Uebrigens herrscht in dem Gange der Regierung ganz das alte System: Milde und eine gewisse Gutmüthigkeit, aber Willkür, Inconsequenz, Energielosigkeit, Kleinlichkeitsgeist und Mangel an Organisationstalent. Unendlich lange und fein ausgesponnene Gesetze werden gegeben und gerathen 14 Tage nach ihrer Verkündigung in Vergessenheit. Das klingt unglaublich, aber es ist buchstäblich wahr; fast alle Polizeigesetze zumal haben dieses Schicksal. Dafür sagt das Sprüchwort: Leggi di Toscána, leggi d' una settimána (die toscanischen Gesetze sind Gesetze für eine Woche), und der alte Dante, der seine Landsleute unvergleichlich gut kannte, singt: „Deine Gesetze, o Florenz, sind so fein gemacht, daß, was du im October gesponnen, nicht bis zur Mitte des Novembers reicht." Fährt das Ministerium so fort zu regieren und in der Ausarbeitung einzelner unwesentlicher oder aus dem Zusammenhange gerissener Gesetze ohne System und festes Ziel seine Zeit zu vergeuden; beschäftigt es sich mehr mit den ewig wechselnden Uniformen der Gendarmerie und der Heerschau über ein nur auf dem Papier vorhandenes Heer, anstatt die jetzige Erschöpfung der Parteien und die unter der Schutzwehr der schwarzgelben Cocarde herrschende Ruhe zu benutzen, um ein neues, auf constitutionellem Grunde und festen lebensfähigen Institutionen ruhendes Staatsleben zu begründen: so sehen wir, meiner Ueberzeugung nach, einer traurigen Zukunft entgegen. Wir haben dann nur die Wahl zwischen einer endlosen militärischen Landesbesetzung oder seiner rathlosen Anarchie wie im Jahre 1848. Die Trennung zwischen dem Volke und dem österreichischen Militär, die durch alle Schichten der Gesellschaft geht, dauert fort; man sieht die Offiziere nur in den Häusern der hier lebenden Fremden, und selbst unter diesen gibt es Viele, die sich aus Angst vor der Zukunft zurückhalten. Auf dem Lande soll diese Scheidung weniger hervortreten. — In Livorno herrscht immer noch eine Aufregung; aufrührerische Reden und Rufe fehlen nicht; Verhaftungen und Haussuchungen sind an der Tagesordnung. Neulich ereignete sich dort ein eigenthümlicher Fall, wo ein armer Teufel um ein Haar erschossen worden wäre, weil ihm die seiner überdrüssige Geliebte einige geladene Feuerwaffen unter sein Bett practicirt und ihn dann denuncirt hatte. — In den kleineren Städten, zumal in Prato und Arezzo, sind neuerdings mehrere Mordanfälle gegen als reactionär oder conservativ bekannte Personen vorgefallen, die allgemein politischen Motiven zugeschrieben werden. Sie sehen, die äußerste Partei thut auch hier das Mögliche, um sich Allen verhaßt und verächtlich und ihr Spiel auf ewig verloren zu machen.

Nach einer Bekanntmachung der Commission der Cardinäle in Rom sollen die Staatsgüter in den Provinzen Bologna, Ferrara, Ravenna und Forli (oder in der sog. Romagna) öffentlich veräußert werden.

Paris, 6. Febr. Nach Briefen aus Neapel soll der heil. Vater den 14. Febr. von Portici abreisen, um sich nach Rom zu begeben. Diese Nachricht wird von dem katholischen „Univers" und der „Patrie" bestätigt. (Lpz. Z.)

Griechenland.

Athen, vom Jan. Der von den Kammern und dem Senate beendigte, von dem Könige bestätigte Finanz-Entwurf für 1849 bis 1850 weiset in seinen Ausgaben eine Ersparniß von circa 100,000 Dr. gegen das vergangene Jahr 1848 bis 1849 nach. — Die Oppositionsblätter beklagen sich sehr über die Nachläßigkeit des Ministeriums, welches der Charte (Verfassung) zufolge schon im April vor. Jahres das Budget hätte vorlegen sollen und erst zu Ausgang 1849 damit fertig geworden ist, und begleiten einzelne Anschläge mit sehr scharfen zwar, doch zum Theil gerechten Randglossen, welche ein grelles Licht auf die faulen Flecken in unserem Staatshaushalte werfen. So finden sich unter anderem hier die Ausgaben des Kriegsministeriums mit 4,678,785 Dr. 52 Lept., die der Marine mit 1,265,898 Dr. 78 Lept. veranschlagt. Fragt man, wozu dieses Geld verwendet wird, so findet sich, daß die erste Summe von einer Armee verbraucht wird, die aus 5500 Soldaten besteht und von 1100 Officieren befehligt wird. Das Gardecorps Yanni Costa hat allein 60 Officiere, von denen jeder 5/6 Mann zu befehligen hat, da das Corps 50 Gemeine zählt. Die Marine, welche aus 17 Schiffen, nämlich 2 Corvetten, 1 Dampfboote, 1 Brigg, 7 Goeletten, 3 Kuttern und 3 Kanonenbooten besteht, hat 4 Contreadmirale, 12 Capitäne erster, 53 zweiter und 73 dritter Classe, 122 Lieutenants, 123 Cadetten, 33 Commissäre, 1 Intendant, 1 Artilleriecapitän, 1 Artillerielieutenant, 2 Aerzte und 1 Apotheker, im Ganzen 429 Offiziere, welche im Falle eines Krieges allein hinreichten, die Schiffe zu bemannen und die Soldaten und Matrosen entbehrlich machen würden. — Die Räubereien der Klephten fangen auch wieder an, sehr lästig zu werden und die öffentlichen Straßen sind sehr gefährdet. — Um Patras herum schwärmen noch immer die Seeräuber. Sie haben außerordentlich schnellsegelnde Fahrzeuge, und die Bemannung hat jene seemännischen Fähigkeiten, die den Griechen nicht abzusprechen sind. Die österreich. Corvette, welche dort kreuzen soll, dürfte, wenn sie nicht durch einen oder zwei Kriegsdampfer verstärkt wird, nicht viel ausrichten. Uebrigens sind die Piraten (Seeräuber) so klug, franz. und englische Schiffe nicht zu beunruhigen, vor der österr. Kriegsmarine ist dagegen der Respect eben nicht zu groß. — Die Mittheilung, welche ich Ihnen schon in einem früheren Schreiben machte, daß die Pforte die Insel Tenedos an England abzutreten bereit sei, war in Athen allgemein verbreitet, und man wollte bereits von dem Abschlusse der Verhandlungen wissen. (Lpz. Z.)

Die aus Athen vom 22. Jan. eingetroffenen Nachrichten sind ernster Art und setzen die Pariser politische Welt in Verlegenheit. Der „Constitutionnel" und die „Débats" versichern zwar, daß die Regierung Nachrichten aus London erhalten habe, welche die gütliche Beilegung der griechischen Angelegenheit erwarten lassen. Allein es scheint vielmehr, daß England der französischen Regierung Vorschläge machen wird, um sie in ein entschiedenes Bündniß gegen Rußland hineinzuziehen. Wenigstens hat Lord Normanby (in Paris) in einer Conferenz mit dem Präsidenten der Republik und dem Ministerium auf die Nothwendigkeit eines vollständigen Einvernehmens zwischen Frankreich und England im Orient hingewiesen und namentlich geäußert: „Wir können nicht zu Constantinopel mit Ihnen gegen Rußland sein, während Sie zu Athen mit Rußland gegen uns sind. Seit 1828 ist dies so gegangen, und wir vergessen dies nicht; allein gerade deshalb ist es bald durch unsere, bald durch Ihre Schuld in der orientalischen Frage immer schlimmer geworden." (Lpz. Z.)

Paris, 8. Febr. Abends. Der Minister des Auswärtigen erklärte in der Gesetzgebenden Versammlung, daß die Vermittelung Frankreichs in dem Zerwürfniß Griechenlands mit England angenommen sei, und daß der engl. Adm. Parker von seinem Ministerium den Auftrag erhalten, die Feindseligkeiten einzustellen.

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 20.

Görlitz, Donnerstag den 14. Februar 1850.

Aus der Briefmappe.

Preßburg, vom Jan. Der Ausnahmszustand fängt an milder zu werden, was ein den hiesigen Kaffeesiedern zugeschicktes Circulare beweist, in welchem der Stadthauptmann den Kaffeehausinhabern die Erlaubniß ertheilt, während des Faschings ihre Locale mit Ausnahme des Freitags auch bei Nacht offen zu halten; diesem zufolge ist den Fasching über gar keine Sperrstunde angegeben und die Ballustigen können, nach durchwachter Nacht, sich noch vor Tages mit einem Glase Punsch erfrischen. Die Ballustigen? — sollte man denn glauben, daß in dem so hart mitgenommenen Ungarn noch Lust und Tanz herrsche? und doch ist es so. Schon seit Monaten wurden in sehr vielen Privathäusern Tanzstunden abgehalten, wobei dann bis nach Mitternacht die Unterhaltungen ausgedehnt wurden. Kaum hatte der Fasching begonnen und alsbald eröffnete der Graf Louis Karolyi, der Ihnen von seiner Gefangenschaft in Komorn her bekannt ist, die Faschingszeit der eleganten Welt, die äußerst lustig und bunt zu werden verspricht. Wie in früheren Jahren, wird der Graf wöchentlich Bälle geben, nur dürfte der so beliebt gewordene Csardas keine solche Rolle spielen wie früher, schon darum, weil die Tänzer größtentheils aus den hier stationirten Herren Officieren bestehen, die das echt magyarische Springen und Drehen nicht so charakteristisch inne haben. (C. Bl. a. B.)

Lausitzer Nachrichten.

Auszug aus einem Schreiben des Obergerichts-Assessor Plathner.

Breslau, den 1. Febr. 1850. Vor Allem meinen innigsten Dank für das mir jetzt wiederholt durch den Görlitzer Wahlkreis dargelegte Vertrauen. Seien Sie überzeugt, daß ich dieses Vertrauen um so höher schätze, als ich mir keine Illusionen mache über das in Erfurt zu vollbringende Werk. Es wird dort von allen Seiten aufrichtiger Patriotismus bewiesen werden müssen, wenn die Aufgabe, einen festen Rechtsboden für einen, im Wege der Reform wieder zu bildenden, deutschen Bundesstaat zu gewinnen, gelöst werden soll. Daß ich mit aufrichtig gutem Willen nach Erfurt gehe, das kann ich versprechen und das werde ich halten. Ob ich in meinen Ansichten das Richtige verfolge, das weiß ich nicht, aber ich hoffe es. Demnächst die Antwort auf ihre Frage: Ich habe darüber keinen Zweifel, daß ich vor Allem eine Wahl Ihres Wahlkreises anzunehmen eine Verpflichtung habe, da ich die Wahl nach Frankfurt ablehnen mußte. Ich hoffe, auch diesmal eine ablehnende Antwort nicht geben zu müssen, kann jedoch heut eine definitive Annahme noch nicht erklären u. s. w. — Dank und Gruß allen Görlitzern von

Ihrem Otto Plathner.

Wir fügen hinzu, daß Herr Plathner die im Frankenstein-Habelschwerter Wahlkreise auf ihn gefallene Wahl abgelehnt und die Wahl für den Görlitzer Wahlkreis angenommen hat.

Görlitz, 11. Febr. Eingesandt. Zur Beseitigung von Misverständnissen bemerke ich zu dem in Nr. 17. (Beiblatt) dieser Zeitung enthaltenen Referat über die am 31. Jan. stattgefundene Deputirtenwahl in Muskau, daß die von mir gesprochenen Worte also lauteten:

„Die Losung, mit welcher ich in Ihrem Auftrage nach Erfurt gehe, heißt: Deutschland voran! Einig und stark unter Preußens sieggekrönter Fahne! Preußen voran unter Hohenzollerns ruhmreichen Farben! Hohenzollern voran unter dem hochgeehrten Namen unseres geliebten Königs Friedrich Wilhelm IV.! Unser König lebe hoch!"

Heinrich LXXIV. Fürst Reuß.

Nachschrift der Red. In dem oben angezogenen Wahlberichte aus dem Muskauer Wahlkreise war allerdings über dies Programm des nach Erfurt Gewählten so flüchtig hinüber gegangen, als ob es eine rein in der Luft stehende Nebensache beträfe. Auch in mehreren anderen Stellen ist dem Red. von Anfang an klar gewesen, daß der Wahlbericht in Nr. 17. an mancherlei sehr wesentlichen Gebrechen leide, als z. B. an allzugroßer Verschwiegenheit in einer öffentlich verhandelten Sache, die der Herr Berichterstatter doch nun einmal vor das Forum der Oeffentlichkeit bringen zu wollen sich vorgenommen hatte, an einer überflüssigen Erwähnung von Nebendingen und Errathenlassen von Hauptsachen, sowie an der Möglichkeit, von Seiten der Leser an gewisse Hintergedanken und Fallthüren zu denken. Diesen Uebelständen konnte aber die Red. augenblicks nicht abhelfen. Eine nähere und genauere Information giebt der Red. vorläufig zu folgenden Bemerkungen Veranlassung: In derselben Weise, wie der Fürst Reuß zu Muskau am 31. Jan. in seinen vier (nicht drei), jedenfalls nicht blos kurzen, scharf begrenzten Sätzen, sondern vielmehr ihrer sehr prägnanten und stark hervortretenden klimakterischen Form wegen dem Gedächtniß eines jeden Zuhörers sehr leicht zugänglich und fest sich einprägenden Sätzen, sein politisches Programm ausgesprochen und damit vor seinen Zuhörern als Mandant und Mandatar in einer Person aufgetreten war, und sich selbst das Mandat in Betreff seiner politischen Wirksamkeit in Erfurt auferlegt hat, so hatte auch der Berichterstatter seinerseits unmittelbar vor den Urwahlen am 24. Jan. (im Beiblatt zur Lausitzer Zeitung No. 9.) ein Programm veröffentlicht, welches wegen seines unverfänglichen Inhaltes (denn die Frage, ob in Erfurt zu revidiren sei oder nicht? konnte füglich als eine offene angesehen werden) von der Red. unbedenklich aufgenommen wurde. Es ist aber sehr wesentlich, ausdrücklich auf dieses Cunnersdorfer Programm hiermit hinzuweisen, da sich herausgestellt hat, daß der Verfasser dieses Programms, dem in Folge desselben ohne Weiteres fast sämmtliche Urwähler der nahen Dörfer ihre Stimmen schenkten, am 31. Jan. in Muskau zuerst den Geheimen Ober-Trib.-Rath Waldeck, und da dieser Vorschlag wegen allgemeinen Widerspruchs nicht durchbringbar war, den Steuerverweigerer Paschke in Muskau schließlich durchzubringen sich eifrigst bemüht zeigte. Der Red. hat es daher nachträglich sehr zu bedauern, da er es wegen seiner gesetzlichen Nichtbetheiligung an der Wahlhandlung (vergl. die Anmerkung in No. 10. der Zeitung vom 22. Jan.) nicht unternehmen durfte, ein eigentliches Wahlprogramm im Interesse der Leser der Lausitzer Zeitung aufzustellen, durch das aus Cunnersdorf speciell zu dem Behufe der Einrückung eingesandte Programm sich von seinem früheren Entschlusse haben abbringen zu lassen, und das Programm eines Hrn. H., in dem (Rothenburger) Ober-Lausitzer Anzeiger No. 3. vom 17. Jan., wieder bei Seite gelegt zu haben, obwohl dies letztere, wie auch vom Verfasser desselben selbst angedeutet wird, durch das Fehlen des nothwendigen zweiten Theiles: wie man zu wählen habe, an einem großen Mangel leidet, der wohl oder übel durch eine Anmerkung von Seiten der Red. hätte ergänzt werden müssen. Obwohl nun die Frage, ob ein gewählter Wahlmann oder schließlich Abgesandter ein Mandat seiner Wähler zu übernehmen und demselben streng nachzukommen habe oder nicht? noch bisher mit den kurzen Worten: Ja oder Nein, nach den juridischen Begriffen eines obligatorischen Verhältnisses, noch nicht sich entschieden beantworten läßt, so dürfte doch leicht eingeräumt werden, daß wenn irgend Einer, der ein Wahlprogramm aufgestellt und im späteren Verlaufe der Wahlhandlung als Wahlmann entschieden eine andere Richtung, als die früher ausgesprochene, einschlägt, derselbe dadurch des ferneren Vertrauens seiner Mandanten sich verlustig gemacht, und dadurch nicht allein seiner eigenen Partei großen Nachtheil gebracht, sondern selbst auch in Bezug auf andere Verhältnisse durch die freiwillig hervorgerufene Entrüstung und gegenseitig zugeschobene Verantwortlichkeit Dritter großes Aergerniß gegeben hat. Die Red. hofft, noch eine weitere kurze Erklärung über die ganz in Dunkel gehüllte Persönlichkeit und Haltung des am Vorabende der Wahl in einer Vorversammlung aufgetretenen Wahl-Candidaten zu Muskau geben zu können.

z.

Am 12. Februar Nachmittags in der 4. Stunde brach auf dem Dominio Nieder-Deutschossig im Wohnhause Feuer aus, welches dasselbe, sowie noch 2 Gärtnerstellen in kurzer Zeit in Asche legte. Die Entstehung des Feuers ist noch unbekannt.

Görlitzer Kirchenliste.

Geboren. 1) Hrn. Joh. Glieb. Ullrich, Landsteuer-Kassirer allh., u. Frn. Joh. Christ. Frieder. geb. Matthäus, S., geb. d. 20. Jan., get. d. 4. Febr., Paul Emil. — 2) Hrn. Carl Gottlieb Horn, Mechanikus in einer Fabrik allh., u. Frn. Christ. Frieder. geb. Beyer, T., geb. d. 17. Jan., get. d. 5. Febr., Ida Sidonie. — 3) Hrn. Carl Aug. Geber, Wund- und Zahnarzt allh., u. Frn. Joh. Frieder. Carol. geb. Kade, T., geb. d. 14. Jan., get. d. 6. Febr., Clara Elise Liddy. — 4) Mstr. Carl Fedor Wasili Seydewitz, B. u. Tischl. allh., u. Frn. Emilie Hulda geb. Krug, S., geb. den 24. Jan., get. d. 8. Febr., Max Hugo Theobald. — 5) Carl Louis Winkler, Stellmacher allh., u. Frn. Aug. Amalie geb. Fränzel, S., geb. d. 28. Jan., get. den 8. Febr., Carl Gustav Emil. — 6) Hrn. Carl August Fechner, Oberlehrer an der höh. Bürgerschule allh., u. Frn. Julie Clara geb. Rösler, T., geb. d. 3., get. d. 9. Febr., Laura. — 7) Mstr. Ernst Wilh. Boden, B. u. Tischl. allh., u. weil. Frn. Marie Sophie Adelheid geb. Hartmann, S., geb. d. 11. Dec., get. d. 10. Febr., Friedrich Otto. — 8) Joh. Carl Gustav Müller, Inw. allh., u. Frn. Christ. Frieder. geb. Kober, S., geb.

d. 27. Jan., get. d. 10. Febr., Carl Gustav. — 9) Friedr. Wilh. Hennig, Tuchscheerer allh., u. Frn. Eleonore Carol. Henr. geb. Henke, S., geb. d. 28. Jan., get. d. 10. Febr., Robert Emil. — 10) Joh. Glieb. Backasch, Inw. allh., u. Frn. Joh. Christ. geb. Wiedemann, S., geb. d. 29. Jan., get. d. 10. Febr., Joh. Carl Eduard. — 11) Mstr. Carl Ghelf. Schmidt, B. u. Schuhmach. allh., u. Frn. Joh. Christ. Alwine geb. Hesselbarth, S., geb. den 30. Jan., get. d. 10. Febr., Carl Heinrich Bruno. — 12) Ernst Wilh. Bulke, Tuchmachergef. allh., u. Frn. Friederike Aug. geb. Herrmann, T., geb. d. 31. Jan., get. d. 10. Febr., Henr. Wilh. Emma. — 13) Mstr. Joh. Carl Lange, B. u. Fleischhauer allh., u. Frn. Joh. Helene geb. Lehmann, T., geb. d. 31. Jan., get. d. 10. Febr., Aug. Theresie Anna.

Getraut. 1) Hr. Gustav Jul. Eduard Söhnel, Oekon.-Amtmann zu Lehnhaus bei Lähn, u. Fr. Carol. Henr. Metzdorf geb. Baumann, weil. Hrn. Carl Ferd. Metzdorf's, Kgl. Pr. Land- u. Stadtrichters zu Wittichenau, nachgel. Wwe., getr. d. 5. Febr. — 2) Hr. Carl Christ. Glieb. Zehelein, B. u. Kaufm. zu Wunsiedel in Baiern, u. Jgfr. Amalie Math. Elise Hülse, Hrn. Heinr. Christoph Hülse's, B. u. Gasthofsbes. allh., ehel. ält. T., getr. d. 10. Febr. — 3) Joh. Glieb. Heumann, Inw. allh., u. Joh. Friederike Walter, weil. Joh. Carl Ehrenfried Walter's, Inwohn. zu Sproitz, nachgel. ehel. T., getr. d. 11. Febr. — 4) Ernst Aug. Zeidler, Maurergef. allh., u. Jgfr. Christiane Louise Raute, weil. Joh. Georg Raute's, Häuslers zu Girbigsdorf, nachgel. ehel. zweite T., getr. d. 10. Febr. in Ebersbach.

Gestorben. 1) Mstr. Carl Glob. Frömter, B. u. Schneider allh., gest. d. 4. Febr., alt 79 J. 6 T. — 2) Joh. Traug. Strenger, Tuchmachergef. allh., gest. d. 3. Febr., alt 59 J. 9 M. 10 T. — 3) Christ. Glieb. Schwarze, Häusler in Ober-Moys, gest. den 5. Februar, alt 54 J. 1 M. 17 T. — 4) Joh. Glob. Exner, B. u. Lohnkutscher allh., gest. d. 3. Febr., alt 47 J. 6 T. — 5) Fr. Carol. Louise Demnich geb. Heinke, Mstr. Carl Friedrich Aug. Herm. Demnich's, B. u. Schneid. allh., Ehegattin, gest. d. 3. Febr., alt 36 J. 1 M. 30 T. — 6) Jgfr. Christ. Charl. Heppner, Mstr. Daniel Ehrenfr. Heppner's, B. u. Tuchmach. allh., u. weil. Frn. Marie Rosine geb. Heyne, T., gest. d. 3. Febr., alt 31 J. 2 M. 2 T. — 7) Hrn. Jacob Ernst Held's, B. u. Restaurateurs allh., u. Frn. Joh. Christ. Frieder. geb. Graue, S., Carl Jul. Ludwig Adolph Bruno, gest. d. 5. Febr., alt 5 M. 11 T. — 8) Christoph Matzke's, Maurergef. allh., u. Frn. Joh. Elisabeth geb. Güttler, S., Ernst Wilh., gest. d. 6. Febr., alt 27 T. — 9) Joh. Gottfr. Kutter's, Inw. allh., u. Frn. Anna Doroth. geb. Senftleben, S., Joh. Eduard Wilh., gest. d. 7. Febr., alt 14 T. — 10) Fr. Marie Rosine Pohl geb. Vogt, Joh. Glieb. Pohl's, Inw. allh., Ehegattin, gest. d. 8. Febr., alt 31 J. 10 M. 25 T. — 11) Joh. Carl Glob. Kohl's, Gasthausdiener allh., u. Frn. Joh. Eleonore geb. Vogt, T., Marie Emilie Clara, gest. d. 8. Febr., alt 2 J. 1 M. 18 T. — 12) Joh. Glieb. Schwarze's, Fabrikarb. allh., u. Frn. Marie Doroth. geb. Wünsche, T., Johanne Pauline, gest. d. 8. Febr., alt 8 M. 1 T.

Bekanntmachungen.

Die Pocken-Impfung betreffend.

[126] Da die Zeit der Pocken-Impfung wieder herbeigekommen ist, so wird in Gemäßheit gesetzlicher Vorschrift hierdurch Jedermann aufgefordert, seine pockenfähigen Angehörigen dem Arzt seines Bezirks zur Impfung zuzuführen, und der deshalb besonders ergehenden Vorladung unweigerlich Folge zu leisten, da Diejenigen, welche ihre pockenfähigen Angehörigen der Impfung zu entziehen suchen, ernstliche Anordnung zu gewärtigen und es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn bei drohender Gefahr gegen sie sofort das Sperrverfahren eingeleitet werden wird.

Die Zeit, welche die Herren Aerzte zur Impfung in ihrer Behausung bestimmt haben, ist folgende:

1) der Herr Kreis-Physicus Dr. Massalien im April und Mai alle Donnerstage Nachmittags von 2—4 Uhr unentgeldlich in seiner Wohnung;
2) der Herr Stadt-Physicus Dr. Bauernstein Donnerstags Nachmittags von 1—3 Uhr;
3) Herr Dr. Vietsch Montags Nachmittags von 2—3 Uhr;
4) Herr Dr. Glokke Montags Nachmittags von 1—2 Uhr;
5) Herr Dr. Schmiege Montags Nachmitt. von 2—3 Uhr;
6) Herr Dr. Schnieber Donnerstags Nachmitt. v. 2—3 Uhr;
7) Hr. Kr.-Chir. Schmidt Donnerstags Nachm. v. 1—2 Uhr.

Görlitz, den 11. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[129] **Bekanntmachung.**

Alle diejenigen hier wohnhaften oder in Arbeit stehenden jungen Leute, welche in den Jahren 1825, 1826, 1827, 1828, 1829 und 1830 geboren sind und ihrer Militairpflicht noch nicht genügt haben, auch mit einem Invaliden- oder Armee-Reserve-Schein noch nicht versehen, sowie noch nicht ausgemustert sind, haben sich Behufs ihrer Aufzeichnung in die Stammrolle unter genauer Angabe ihrer Hausnummer an folgenden Tagen auf dem hiesigen Polizei-Amte in den Amtsstunden von 8—12 Uhr einzufinden, und zwar:

Freitags den **15.** d. M. der 1., 2., 3., 4. und 5.,
Sonnabends den **16.** d. M. der 6., 7., 8., 9. u. 10., u.
Montags den **18.** d. M. der 11., 12., 13. u. 14. Bezirk.

Jeder Gestellungspflichtige, welcher bei Musterung vorgewesen, hat seinen Losungsschein mitzubringen. Die Eltern, Vormünder, Meister, Lehr- und Brodherren werden hierdurch veranlaßt, sie mit Vorstehendem bekannt zu machen. Für die abwesenden Gestellungspflichtigen erscheinen deren Eltern, Vormünder oder Verwandte, um die nöthige Auskunft zu ertheilen. Uebrigens hat jeder Gestellungspflichtige bei seiner Meldung zur Liste sich durch Vorzeigung eines Attestes über erfolgte Revaccination auszuweisen.

Görlitz, den 9. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[128] **Bekanntmachung.**

Daß die Spritze No. I. in's Spritzenhaus am Frauenthore und die Spritze No. VII. von da nach dem Spritzenhause im Kloster versetzt worden ist, wird bekannt gemacht.

Görlitz, den 11. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[130] **Diebstahls-Anzeige.**

In verflossener Woche ist einem hiesigen Handwerksburschen 1) ein Burnus von dunkelbraunem Bukskin, mit schwarzem Orleans gefüttert, schwarzer Borte und Schnuren, sowie schwarzem Sammtkragen und mit dergleichen Aufschlägen besetzt, und 2) ein schwarzer Tuchrock, mit schwarzem glatten Orleans gefüttert und übersponnenen Knöpfen versehen, gestohlen worden. Der Bestohlene hat dem Entdecker des Diebes eine Belohnung von 3 Thlr. versprochen, und wird vor dem Ankaufe dieser Kleidungsstücke gewarnt.

Görlitz, den 9. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[127] **Bekanntmachung.**

Vom 15. d. M. ab sind die Verkaufspreise der Ziegeln und des gebrannten Kalks bei hiesiger Kämmerei in nachstehender Weise festgestellt worden.

1) Die Ziegelpreise bei der Görlitzer Ziegelei:
Mauerziegeln, Normalform, pro Tausend 10 Thlr.,
do. große Form, " " 12 "
russische Essenziegeln, " " 12 "
Luftziegeln, das Hundert zu 8 Thlr. 10 Sgr.,
Canalziegeln, " " " 8 " 10 "
Dachziegeln, wie bisher pro Tausend 10 Thlr.

2) Gebrannter Kalk:
Hennersdorfer, der Ofen zu 20 Thlr.,
Ludwigsdorfer, " " " 22 "

Beim Steinbruch zu Lauterbach wird der Stoß Steine
erster Sorte wie bisher zu 3 Thlr.,
zweiter Sorte zu 2 Thlr. 10 Sgr.
abgelassen.

Görlitz, den 9. Febr. 1850. Der Magistrat.

Für Brennereibesitzer u. Kaufleute.

Unterzeichneter hat eine bedeutende Parthie leere **Spiritus-, Wein- und Bier-Gefäße,** sowohl Eisen- wie Holzband, und zwar von dem Inhalte zu 3, 6, 10, 15, 16 und 17 Eimer, in ovaler und runder Form, zu civilen Preisen zum Verkauf. Dieselben sind meist frisch abgestochen und eignen sich zur sofortigen Verfüllung.

Sorau in der Niederlausitz.

[132] Der Kaufmann **Fenscky.**

[125] Feinen **Aal-Aspik** empfiehlt
Walter, Köchin, Neißgasse No. 328.

[131] Daß Anfang April c. wieder ein neuer Cursus im **Tanzunterricht** beginnt, gebe ich mir die Ehre hierdurch ergebenst anzuzeigen. Görlitz, den 14. Febr. 1850.

A. Simoni, im Gasthofe „zum gold. Strauß".

[124] ☞ Eine Kinderfrau in gesetzten Jahren, die gute Atteste aufzuweisen hat, wünscht, wo möglich auf dem Lande, zu Ostern d. J. ein anderweitiges Unterkommen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.